

Jahresmedienkonferenz vom 3. Januar 2025

## Wirtschaftliche Lage ist besorgniserregend

*Referat von Martin Rufer, Direktor Schweizer Bauernverband (es gilt das gesprochene Wort)*

„Nachhaltig wirtschaftende und ökonomisch leistungsfähige Betriebe sollen im Durchschnitt mehrere Jahre Einkommen erzielen können, die mit den Einkommen der übrigen Bevölkerung in der Region vergleichbar sind.“ So steht es in Artikel 5 des Landwirtschaftsgesetzes geschrieben. Man könnte meinen, dass damit die Einkommenssituation der Bauernfamilien das nötige Gewicht erhält. In der Realität steht die Landwirtschaft wirtschaftlich aber sehr unter Druck und das Ziel wird klar verfehlt. Seit 2021 stagnieren die schon vorher im Vergleich tiefen Einkommen. Entsprechend geht die Schere zwischen Landwirtschaft und der restlichen Bevölkerung weiter auf. 60 Prozent der Bauernfamilien erreichen das Vergleichseinkommen nicht. Im schweizweiten Durchschnitt verdient eine Familienarbeitskraft, die voll in der Landwirtschaft arbeitet, heute 54'800 Franken. Dafür leistet sie 62 bis 66 Stunden pro Woche. Auf die Stunde gerechnet, ergibt das einen Stundenlohn von rund 17 Franken. Noch schlechter steht die Landwirtschaft im Berggebiet da. Immer mehr Betriebe sind auf ein Zusatzeinkommen von ausserhalb der Landwirtschaft angewiesen. Diese Fakten werden auch nicht besser, wenn man sie schönredet und schönrechnet, wie dies von Seiten der Bundesbehörden gemacht wird. Diese führen plötzlich Indikatoren wie Haushaltseinkommen ein. Oder sie vergleichen die einkommensmässig besten 25 Prozent der Bauernbetriebe mit dem Median der übrigen Sektoren.. Damit wird die Einkommenssituation nur auf dem Papier besser, aber nicht in der Realität.

Der hohe wirtschaftliche Druck wirkt sich dabei auch direkt auf die soziale Nachhaltigkeit aus. Finanzielle Engpässe belasten die zwischenmenschlichen Beziehungen, verursachen psychischen Stress und stellen damit ein Gesundheitsrisiko dar. Depressions- und Suizidraten liegen in der Landwirtschaft weiter über dem Durchschnitt. 12 Prozent der Landwirtinnen und Landwirte sind gemäss einer Agroscope-Studie<sup>1</sup> von einem Burnout betroffen. Steht im Alltag das wirtschaftliche Fortbestehen an erster Stelle, bleibt nicht selten auch die Vorsorge auf der Strecke.

Die Analyse ist klar, nun müssen wir handeln. Absolut essenziell sind faire Produzentenpreise. Vier von fünf Franken Umsatz erzielen die Bauernfamilien mit dem Verkauf ihrer Produkte. Somit tragen die Marktpartner eine grosse Verantwortung über die Einkommenssituation der Bauernfamilien. In vielen Bereichen – speziell im Pflanzenbau – sind die Preise klar zu tief und decken die zunehmenden Produktionsrisiken nicht ab. Der Erlös ergibt sich bekanntlich aus Preis mal Menge. Also müssen nebst den Preisen auch die Ernten stimmen. Gerade im Pflanzenbau haben die Schwankungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Das liegt am Klimawandel mit mehr trockenen Jahren oder auch Jahre wie 2024, als es dauernd regnete. Nässe lässt Pilzkrankheiten gedeihen, die sich je länger desto weniger bekämpfen lassen.

Die Produzentenpreise müssen deshalb nicht nur die Kosten der Produktionsmittel und der geleisteten Arbeit, sondern auch die Risiken decken. Es muss möglich sein, in guten Jahren Reserven für schlechte Jahre anzulegen. Doch wenn die Ernten klein sind, steigt der Preis nicht automatisch an. Vielmehr kommen dann mehr und günstige Importe zur Deckung des Bedarfs ins Land.

Sorgen bereitet uns in diesem Zusammenhang die jüngste Preissenkungseuphorie der Detailhändler. Diese lässt nicht viel Gutes erwarten, wenn es um die faire Entlohnung der Bauernfamilien geht. Vor allem ist es eine gefährliche Spirale, bei der am Schluss niemand gewinnt. Denn Lebensmittel sind in der Schweiz bereits verhältnismässig günstig. Gerade mal 6,8 Prozent des Haushaltseinkommens braucht man in der Schweiz im Schnitt fürs Essen. Das ist weltweiter Tiefstwert.

Die Landwirtinnen und Landwirte haben selbst auch Einfluss auf ihr Einkommen. Es liegt in der Verantwortung jedes Betriebes, auf die Kosten zu achten und sinnvoll zu investieren. Doch dazu sind sie auf eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen angewiesen. Und hier ist die Politik gefordert. Jährlich neue, unentschädigte, kostentreibende Auflagen verursachen zusätzlichen administrativen Aufwand. Dazu jedes Jahr Sparpläne, obwohl der Bund ja gesetzlich verpflichtet wäre, die Unterstützung auszubauen. Das geht nicht mehr! Die Bauernproteste im Jahr 2024 haben gezeigt, dass der Druck im Kessel sein Maximum erreicht hat.

<sup>1</sup> Reissig, L. (2017). Häufigkeit von Burnouts in der Schweizer Landwirtschaft.